

Für eine sichere und günstige Stromversorgung



Positionspapier der SVP Schweiz

April 2010

Inhaltsverzeichnis

1. Ausgangslage – Die Stromlücke ist Realität	3
1.1. Der aktuelle Strommix	3
1.2. Sinkende Stromproduktion.....	4
1.3. Wachsender Stromverbrauch	4
1.4. Die Stromlücke ist Realität.....	5
1.5. Steigerung der Eigenproduktion.....	6
1.6. Linke Verhinderungspolitik.....	6
2. Produktionsformen.....	7
2.1. Wasserkraft	7
2.2. Kernkraft.....	7
2.3. Solarenergie	9
2.4. Windenergie	9
2.5. Biomasse.....	10
2.6. Geothermie.....	10
2.7. Weitere Energieformen.....	11
2.8. Kosten und Emissionen der Energieträger.....	11
2.9. Keine marktverzerrenden Eingriffe.....	13
3. Situation in Europa.....	13
3.1. Kraftwerke in Europa	13
3.2. Vernetzung der Schweiz mit Europa.....	14
3.3. Einspeisung der erneuerbaren Energien.....	15
3.4. CO ₂ -Kompensation.....	16
3.5. Strommarktliberalisierung	17
4. Abgaben, Gebühren und Verbote.....	18
4.1. Belastung des Schweizer Strommixes	18
4.2. Neue Belastungen	19
4.3. Wirtschaftsfeindliche Finanzierung aller erdenklichen Anliegen	21
4.4. Unsinnige Programme und Verbote.....	21
5. Stromnetz	22
6. Die Forderungen der SVP auf einen Blick	24
7. Anhang	26
7.1. Übersicht Förderung der Erneuerbaren und Energieeffizienz	26

1. Ausgangslage – Die Stromlücke ist Realität

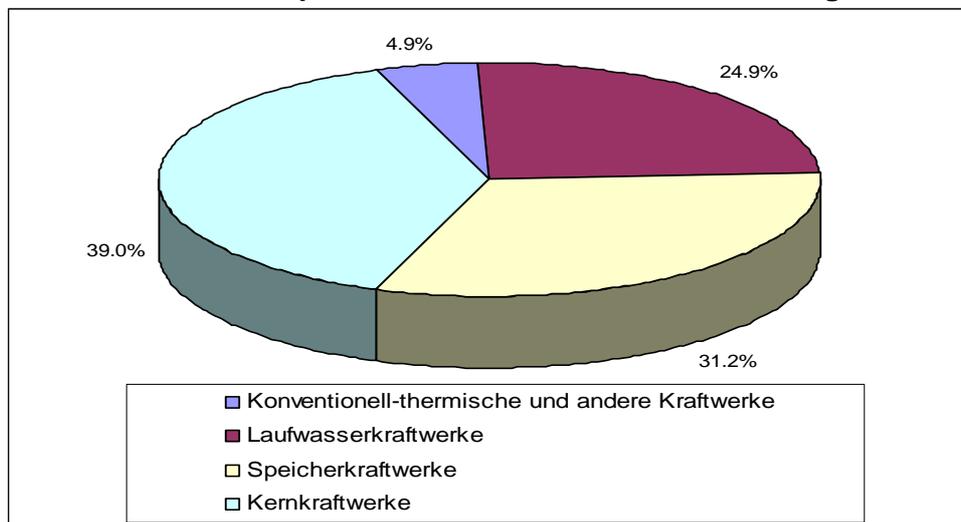
Strom deckt ein Viertel unseres gesamten Energiebedarfs. Für die moderne Gesellschaft ist elektrische Energie unerlässlich geworden. Fällt der Strom aus, steht vieles still. Strom gilt daher als die Schlüsselenergie. Strom kann auch sehr vielfältig eingesetzt werden und er wird unser Leben künftig noch stärker prägen. Denn Erdöl und Erdgas werden in Zukunft bei immer mehr Anwendungen durch Strom ersetzt werden. Aus Gründen der Effizienz genauso wie aus Umweltschutzerwägungen.

Eine sichere und günstige Stromversorgung ist deshalb für unser Land von zentraler Bedeutung. Preisgünstiger, reichlich verfügbarer Strom bedeutet neben Wachstum und Wohlstand auch Standortattraktivität. Genügend Strom bedeutet aber auch Unabhängigkeit und Sicherheit. Neben einer stabilen politischen Lage, einer liberalen Gesetzgebung und mässiger Steuerbelastung sowie funktionierenden Verkehrsverbindungen gehört die sichere Stromversorgung zu den wichtigsten Standortfaktoren. Eine funktionierende, kostengünstige Versorgung ist deshalb von vitalem Interesse für die weitere Entwicklung unseres Landes.

1.1. Der aktuelle Strommix

Die schweizerische Stromversorgung stützt sich seit Jahrzehnten auf die beiden Stromproduktionsformen Wasser- und Kernkraft. Beide Energieträger erfüllen die Anforderungen an eine sichere, günstige, unabhängige und umweltfreundliche Stromproduktion. Durch die Verwendung dieser CO₂-armen Technologien nimmt unser Land auch in punkto Umweltverträglichkeit bei der Stromproduktion eine Spitzenstellung ein. Ein weiteres Plus des aktuellen Schweizerischen Strommix ist die grosse Unabhängigkeit vom Ausland. Besonders in politisch instabilen Zeiten bilden solche Energieformen ein wichtiges Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Der heutige Schweizer Strommix besteht aus folgenden Komponenten:

Schweizer Stromproduktion 2008 nach Kraftwerkskategorien¹



Quelle: Schweizerische Elektrizitätsstatistik 2008, S. 3.

Die Diversifikation des Strommix ist ein Element zur Stärkung der Versorgungssicherheit. Auch die neuen erneuerbaren Energien leisten hierzu einen Beitrag, ihr Anteil ist jedoch – trotz massiver Förderung – bisher klein. So gehen beispielsweise gerade einmal 0,065% der Stromerzeugung auf das Konto von Photovoltaik und Windenergie.²

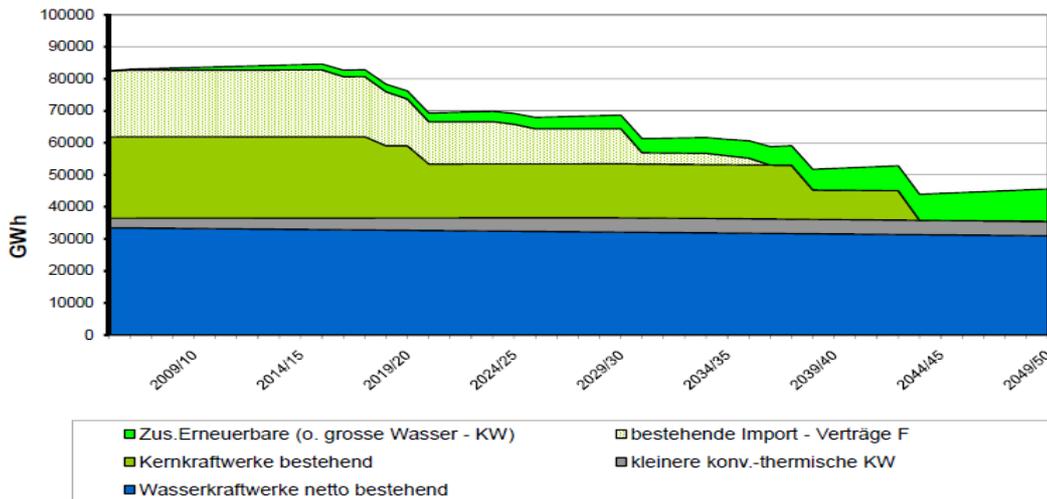
¹ Unter konventionell-thermischen und anderen Kraftwerken wird die Stromproduktion durch Kehrlichtverbrennungsanlagen, Wärmekraftkopplungsanlagen, Fernheizkraftwerke sowie alle neuen, erneuerbaren Energien wie Wind und Sonnenenergie verstanden. Laufwasserkraftwerke sind mehrheitlich Flusskraftwerke, während unter dem Begriff Speicherkraftwerke Stauseen und Pumpspeicherkraftwerke zusammengefasst werden.

² Elektrizitätsstatistik 2008, S. 52.

1.2. Sinkende Stromproduktion

Der schweizerische Produktionspark kommt langsam in die Jahre. Die Stromlieferverträge mit Frankreich laufen in den nächsten Jahrzehnten aus und auch das Betriebsende der Kernkraftwerke Beznau I, II und Mühleberg ist absehbar. Ohne neue Projekte und Stromproduktionsanlagen wird deshalb in der Schweiz die Stromproduktion massiv zurückgehen.

Zukünftige Schweizer Stromproduktion
Jahresbilanz



Quelle: VSE, Update 2009 Vorschau 2006

1.3. Wachsender Stromverbrauch

Der Stromverbrauch in der Schweiz wie auch in der ganzen Welt steigt kontinuierlich an. In knapp 50 Jahren ist der Verbrauch in der Schweiz um mehr als 350 Prozent gestiegen! Dieser Trend wird sich auch in Zukunft fortsetzen. Insbesondere die Energieeffizienz wird vermehrten Stromverbrauch zur Folge haben. Bei vielen Anwendungen ist es aus Sicht der Energieeffizienz besser, eine kleine Menge Strom einzusetzen, als eine grössere Menge fossiler Energien zu verwenden ("Substitutionseffekt"). Beispielsweise kann ein Wechsel von einer Ölheizung auf eine mit Strom betriebene Wärmepumpe den Gesamtenergieverbrauch bei gleichem Wärmekomfort auf $\frac{1}{4}$ reduzieren. Strom ist deshalb ein Schlüsselfaktor für eine hohe Energieeffizienz.

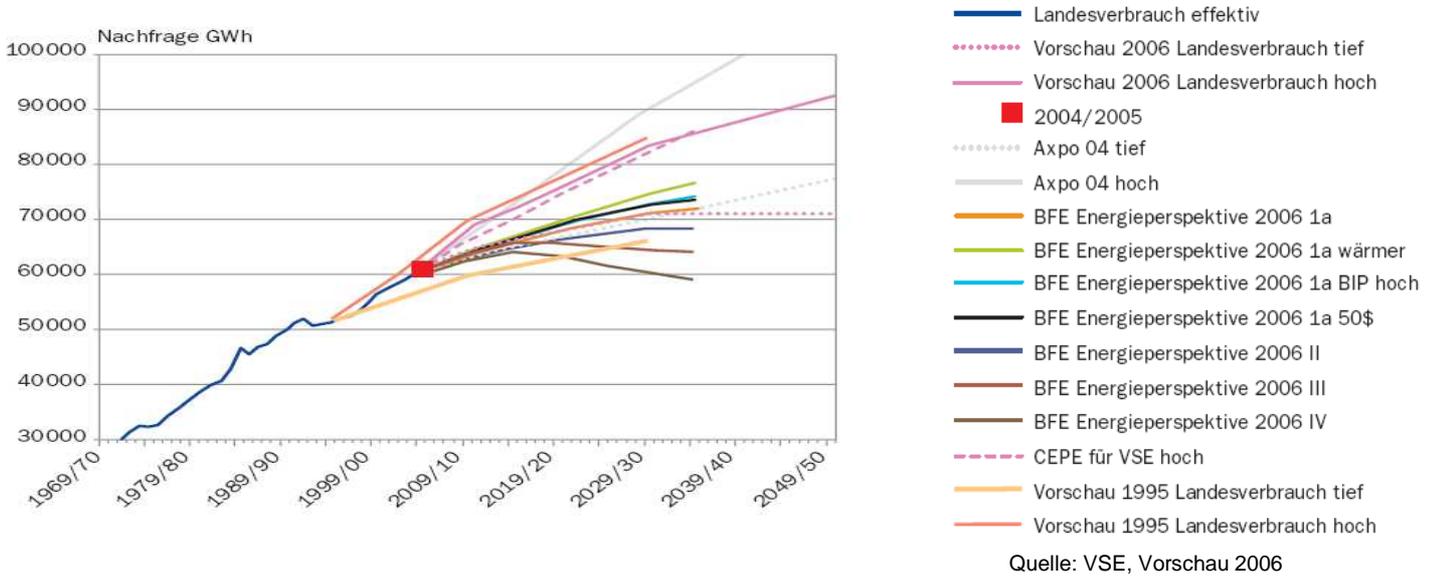
Ein weiterer Grund für den tendenziell ansteigenden Stromverbrauch ist das Bevölkerungswachstum. Allein 2008 wuchs die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz um 106'700 Personen. Weitere Ursachen sind der grössere Raumbedarf pro Einwohner, neue und häufigere Stromanwendungen, Flachbildfernseher³, Handys oder die zusätzliche Mobilität. In seiner Antwort auf das Postulat "Mobilität mit erneuerbaren Energien" (08.3800) verweist der Bundesrat beispielsweise darauf, dass der Ersatz der Hälfte der schweizerischen Fahrzeugflotte durch heutige Elektrofahrzeugmodelle den Stromverbrauch um 13% ansteigen liesse. Das entspricht der Produktion des KKW Gösgen. Auch Industrie, Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen verbrauchen immer mehr Strom. Alleine im Dienstleistungsbereich wuchs der Verbrauch von 2000 bis 2007 um über 10%. Gründe dafür sind unter anderem die immer umfangreichere technische Ausrüstung der Gebäude, die Büroinfrastruktur aber auch sich ändernde Konsumgewohnheiten. Die Industrie verbrauchte im gleichen Zeitraum rund 5% mehr. Ausschlaggebend hierfür sind eine fortschreitende Automatisierung der Produktion und ein Mehrbedarf an Wärme in den Produktionsprozessen.

Rund 10% unseres Stroms benötigt inzwischen der öffentliche Verkehr, Tendenz steigend. Die SBB rechnet beispielsweise bis 2030 mit einem Mehrbedarf des Energieverbrauchs (in

³ Die Problematik hierbei ist, dass der alte Fernseher weiter als Zweitgerät benutzt wird, was im Endeffekt zu einem höheren Stromverbrauch führt.

erster Linie Strom) von rund 15 Prozent. Die meisten Studien gehen deshalb von einem steigenden Stromverbrauch aus:

Entwicklung Stromverbrauch Schweiz



1.4. Die Stromlücke ist Realität

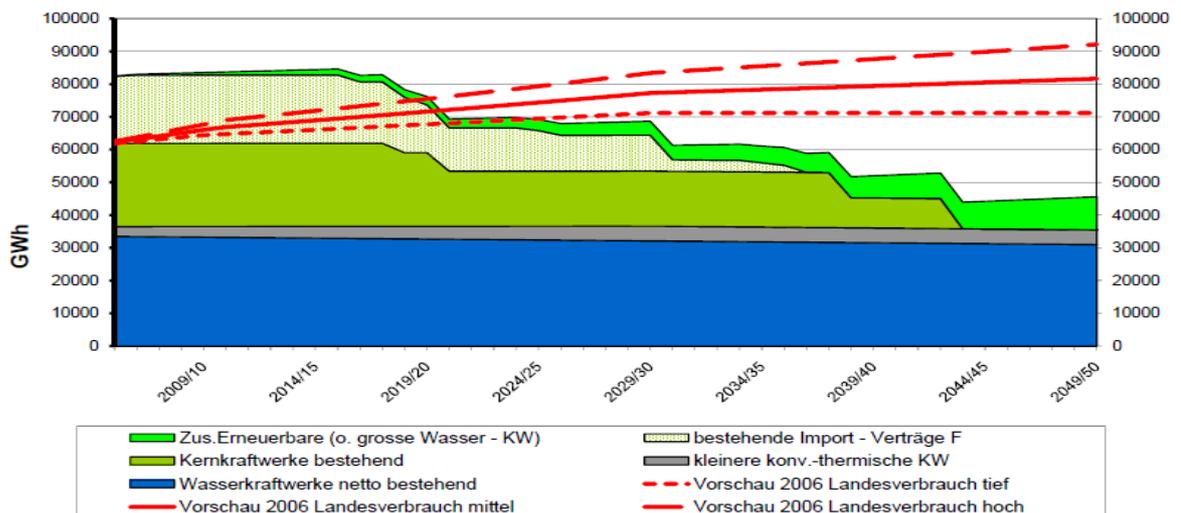
Die sinkende Stromproduktion und der steigende Verbrauch führen in absehbarer Zeit zu einer Stromlücke. Bereits heute ist die Schweiz in den Wintermonaten massiv auf Importe angewiesen und muss für diese Zeit den Strom teuer auf dem internationalen Markt einkaufen. In den folgenden Jahren wird sich dieses Ungleichgewicht noch vergrössern und dann auch die Sommermonate einbeziehen.

Neuesten Studien und Planungen zufolge wird die Schweiz bereits ab dem Winterhalbjahr 2012 also in knapp 3 Jahren ein gravierendes Stromversorgungsproblem haben. Dies trotz Fortschritten auf dem Gebiet der Energieeffizienz, massiver Förderung der erneuerbaren Energien und neuen verschärften gesetzlichen Vorgaben.

Die Schweiz kann den Mehrbedarf an Strom nicht allein mit Energieeffizienzmassnahmen kompensieren. Die Behauptung der Linken und Grünen, dass allein mit Sparmassnahmen neue Kraftwerke überflüssig werden, entbehrt jeglicher Grundlage.

Schweizer Stromproduktion und – verbrauch

Jahresbilanz



1.5. Steigerung der Eigenproduktion

Die Steigerung der Strom-Eigenproduktion ist deshalb umgehend an die Hand zu nehmen. Die Frage, welche Energieträger in naher Zukunft die Stromversorgung der Schweiz sicherstellen, ist seit Jahren Gegenstand einer intensiven, teilweise hitzig geführten politischen Debatte.

Für die SVP ist es wichtig, dass möglichst viel Strom im Inland produziert wird. Dies stärkt einerseits die Versorgungssicherheit, welche verhindert, dass die Schweiz von äusseren Preis- oder Markteinflüssen dominiert wird und sich teuren Strom im internationalen Handel kaufen muss. Andererseits gibt es uns auch die Möglichkeit, allfällige Überschüsse im Ausland abzusetzen. In einem Land wie der Schweiz, welche aufgrund der hohen Produktionskosten im internationalen Umfeld deutlich schlechtere Karten hat, ist der günstige Strom einer der wenigen Standortvorteile, die wir noch haben und den es zu erhalten gilt.

Beim Ausbau der Kapazitäten ist für die SVP klar, dass die neuen Produktionsanlagen wirtschaftlich und damit ohne Subventionen überlebensfähig sein müssen, andererseits aber auch, dass sie möglichst unabhängig vom Ausland sind und die Umwelt wenig belasten.

Deshalb müssen aus Sicht der SVP kurz- bis mittelfristig auch weiterhin die beiden Energieträger Wasser- und Kernkraft das Rückgrat der Schweizer Stromversorgung bilden. Keine anderen Energieträger sind im Vergleich der Kapazitäten, der Kosten, wie auch bei Umweltfreundlichkeit und Versorgungssicherheit so hoch anzusiedeln wie die Wasser- und Kernenergie. Die neuen erneuerbaren Energien wie Wind- und Sonnenenergie werden ihren kleinen aber trotz allem wichtigen Beitrag für die Stromversorgung leisten. Auch der Bereich Biomasse wird aufgrund der vielfältigen Entwicklungsbereiche und Anwendungsmöglichkeiten seinen Platz im zukünftigen Strommix haben.

Elementar ist, dass jede Energieform da eingesetzt wird, wo sie volkswirtschaftlich den meisten Nutzen bringt. So ist die Solarenergie beispielsweise im Bereich der Warmwasseraufbereitung oder zur Heizungsunterstützung (Solarwärme) eine sinnvolle Alternative zu den vorhandenen Möglichkeiten, während sie bei der Stromerzeugung aufgrund ihrer geringen Kapazität, hohen Kosten und der Schwankungen bei der Produktion nur einen kleinen Anteil haben wird.

1.6. Linke Verhinderungspolitik

Gegen den dringenden Ausbau der inländischen Produktionskapazitäten gibt es jedoch starken Widerstand. So wehren sich SP und Grüne seit Jahrzehnten gegen den Betrieb und die Weiterführung der Kernenergie. Dies, obwohl die Kernenergie zusammen mit der Wasserkraft die günstigste und vor allem umweltfreundlichste Produktionsform ist. Auch bei der Endlagerung radioaktiver Abfälle war und ist Rot-Grün die treibende Kraft, wenn es um die Verhinderung und Verzögerung solcher Projekte geht. Im aktuellen Sachplan Geologische Tiefenlager, welcher dereinst zu einem Endlager für die Entsorgung der radioaktiven Komponenten führen soll, ist es wiederum Rot-Grün, welches sich gegen einen schnellen Ablauf des Sachplanes und den Bau eines Lagers ausspricht – dies, obwohl der Entsorgungsnachweis als technisch bereits erfüllt betrachtet wurde.

Einem Zu- und Ausbau der Wasserkraft u.a. durch eine Erhöhung von Staumauern (Grimsel) oder durch den Bau neuer Pumpspeicherkraftwerke wurde mit Verweis auf den Landschafts- und Naturschutz von Rot-Grün ebenfalls eine Absage erteilt. Selbst eine Flexibilisierung der starren Restwassermengen, welche für einen moderaten Ausbau der Wasserkraft notwendig wäre, stiess auf taube Ohren. Neben dem Ausbau der Grosswasserkraftwerke wurden auch im Bereich Flusswasserkraft (Kleinwasserkraftanlagen) Pläne und Projekte angefochten.⁴

⁴ Hierbei ist auf die Initiative „Lebendiges Wasser“ und den Gegenvorschlag zu verweisen, welche beide zu massiven Einschränkungen der Wasserkraft führen würden.

2. Produktionsformen

Die Vor- und Nachteile der einzelnen Produktionsformen zu kennen ist elementar, wenn es um die Sicherstellung der Stromversorgung geht. Nur so kann die Schweiz auch in Zukunft ihren wirtschaftlichen Standortvorteil in diesem Bereich erhalten. Günstiger, unabhängiger, reichlich verfügbarer und sauberer Strom ist dabei der Schlüsselfaktor für Wachstum und Wohlstand. Die Kriterien Wirtschaftlichkeit, Unabhängigkeit und Umweltfreundlichkeit sind bei der künftigen Ausgestaltung des Strommix deshalb immer zu berücksichtigen.

2.1. Wasserkraft

Die Wasserkraft ist mit einem Anteil von rund 55 Prozent der Hauptenergieträger der schweizerischen Stromproduktion. Ihre Produktion ist umweltfreundlich, sehr günstig und unabhängig vom Ausland. Aufgrund ihrer einzigartigen Lage verfügt die Schweiz bei der Elektrizitätserzeugung über einen der höchsten Wasserkraftanteile in Europa. Aus Sicht der Stromversorgung ist die Wasserkraft auch aus anderen Gründen zusätzlich von Interesse. Dank ihrer Speichermöglichkeit kann sie ihre Energie genau dann zur Verfügung zu stellen, wenn sie gebraucht wird (Regel- bzw. Spitzenenergie). Sie unterscheidet sich damit, von anderen Energieformen, welche ihre Energie einerseits stetig abgeben (Grundlast- bzw. Bandenergie) oder nur dann wenn ihr entsprechender Faktor aktiv ist (unregelmässige Energie).⁵ Der Ausbau der Produktionskapazität ist jedoch nur noch bedingt steigerbar.⁵

Damit die Wasserkraft ihren Anteil am Strommix halten bzw. ausbauen kann, ist es unabdingbar, dass die Rahmenbedingungen für diese wichtige Ressource nicht verschlechtert werden. Initiativen, Einsprachen sowie neue Abgaben, Gebühren oder Regulierungen, welche die Stromproduktion aus Wasserkraft zusätzlich erschweren, sind deshalb, im Sinne einer nachhaltigen und umweltfreundlichen Stromproduktion, entschieden abzulehnen.

Die Problematik der Verschlechterung der Rahmenbedingungen zeigt sich auch bei der Frage des Baus von neuen Speicherseen. Diese würden dank ihrer Speicherkapazitäten insbesondere zu Stromspitzenzeiten helfen, die Versorgung markant zu verbessern und damit die Unabhängigkeit zu steigern. Leider wird der Bau solcher Projekte, welche zusätzliche Arbeitsplätze schaffen würden, immer wieder aus diversen Gründen verzögert oder gar verhindert. Die SVP fordert, dass der Aspekt der Versorgungssicherheit hier klar im Vordergrund zu stehen hat und die Bewilligungsverfahren sowie allfällige Konzessionserneuerungen rasch und unkompliziert ablaufen.

Im Sinne einer günstigen, unabhängigen und umweltfreundlichen Stromversorgung ist der Anteil der Wasserkraft am nationalen Strommix auszubauen.

Die SVP fordert günstige Rahmenbedingungen für diesen wichtigen Energieträger.

Initiativen, endlose Einsprachen wie auch neue Abgaben, Gebühren oder Regulierungen, welche die Wasserkraftnutzung erschweren, sind klar abzulehnen.

2.2. Kernkraft

Mit einem Anteil von knapp 40 Prozent ist die Kernkraft das zweite wichtige Standbein der Schweizer Stromversorgung. Sie ist, wie die Wasserkraft auch, günstig und praktisch emissionsfrei. Auch in Bezug auf die Unabhängigkeit vom Ausland ist die Kernenergie ein sicherer Wert. Obwohl das zum Betrieb der Kraftwerke benötigte Uran in der Schweiz nicht vorkommt, ist die Versorgung durch langfristige Lieferverträge mit politisch stabilen Ländern über Jahre hinaus gesichert. Auch im Bereich der Sicherheit erfüllt die Kernenergie die Anforderungen, welche an eine sichere und zuverlässige Stromproduktion gestellt werden. Die Schweizer Kernkraftwerke haben im weltweiten Vergleich sehr hohe Sicherheitsstandards, welche zudem laufend dem technischen Fortschritt angepasst werden.

⁵ Siehe EWG-Studie 2004, welche bis 2050 eine Steigerung von 16% sieht.

Die Zeit ist auch bei der Kernenergie nicht stehengeblieben. So wurden neue Reaktorkonzepte entwickelt, welche zahlreiche Verbesserungen bringen. Die hierbei entstandenen Reaktoren der dritten Generation weisen höhere Kapazitäten und Wirkungsgrade sowie zusätzliche Sicherheitsbarrieren auf. Insbesondere die bessere Ausnutzung des Brennstoffes Uran ist bei den neuartigen Reaktortypen ein wichtiger Schritt, helfen sie doch einerseits die Ressourcen möglichst effizient zu nutzen und damit die langfristige Versorgung sicherzustellen, andererseits wird dadurch das Abfallvolumen verringert.

Auch bei der Frage der Entsorgung ist in den letzten Jahren die Diskussion nicht stehengeblieben. Mit dem Sachplan geologische Tiefenlager ist ein Instrument vorhanden, welches bei der Suche nach potentiellen Standorten ein klares und transparentes Verfahren garantieren soll. Leider kommt es seitens des verantwortlichen Bundesamtes immer wieder zu Verzögerungen, was sich dementsprechend auf die Zeitdauer eines möglichen Projektes auswirkt. Dass die Entsorgung rasch und national angegangen werden muss, wird in der Zwischenzeit kaum mehr bestritten. Die Schweiz hat hier schon frühzeitig eine Vorreiterrolle eingenommen und beschäftigt sich seit über 30 Jahren mit dieser Frage.

Trotz dieses wissenschaftlichen Vorsprungs ist unser Land diesbezüglich ins Hintertreffen geraten. Während in der ganzen Welt die wissenschaftlichen Erkenntnisse umgesetzt und Lager gebaut bzw. bereits betrieben werden⁶, ist bei uns ein solches aus rein politischen Gründen immer noch nicht vorhanden. Die Frage ob man positiv oder negativ zur Kernenergie eingestellt ist, spielt hier ebenfalls keine Rolle. Denn radioaktive Abfälle werden, selbst bei einem Ausstieg aus der Kernenergie, weiterhin entstehen (u.a. aus Medizin, Industrie und Forschung). Die SVP lehnt deshalb die Forderung nach einer Verknüpfung der Endlagerungsfrage mit dem Ausstieg aus der Kernkraft strikt ab. Die Lösung dieser Frage ist im Sinne der kommenden Generationen unverzüglich an die Hand zu nehmen.

Um auch in Zukunft eine günstige, sichere und umweltfreundliche Versorgung mit Strom zu garantieren, sind die bestehenden Kernkraftwerke solange zu betreiben, wie ihre Sicherheit gewährleistet werden kann. Der Betrieb darf auch nicht durch neue Auflagen oder Einsparchemöglichkeiten sowie Haftpflichtdeckungssummen im Phantasiebereich unnötig erschwert werden. Am Ende ihrer Lebensdauer sind die bestehenden Kernkraftwerke durch neue Kraftwerke zu ersetzen. Hierbei ist es zwingend, dass von den verantwortlichen Stellen keine weiteren Verzögerungstaktiken und juristischen Winkelzüge gemacht werden. Die im Kernenergiegesetz enthaltenen Fristen und rechtlichen Möglichkeiten sind bei der Prüfung der Rahmenbewilligungsverfahren von neuen Kraftwerken konsequent und ohne Verzögerungen umzusetzen.

Die Entsorgungsfrage muss rasch gelöst werden. Diese hat im Interesse der Unabhängigkeit vom Ausland und unserer nachkommenden Generationen national zu erfolgen.

Die bestehenden Kernkraftwerke sind am Ende ihrer Lebensdauer durch neue Kraftwerke an den bestehenden Standorten zu ersetzen.

Die SVP fordert bei den Rahmenbewilligungsverfahren für neue Kraftwerke von den verantwortlichen Stellen eine rasche Prüfung und keine unnötigen Verzögerungstaktiken.

⁶ Finnland betreibt bereits seit 1992 bzw. 1998 zwei Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle (SMA). Ein Endlager für langlebige, mittelaktive Abfälle (LMA) sowie abgebrannte Brennelemente (BE) wurde 2001 vom Parlament bewilligt. Frankreich zwei Endlager für SMA: das erste war von 1962-1994, das zweite ist seit 1992 in Betrieb. Grossbritannien ebenfalls zwei SMA und zwar seit 1957 bzw. 1959. Japan ein SMA seit 1992. Schweden ein SMA seit 1988. Spanien ein SMA seit 1992. USA vier aktive SMA. Ungarn baut seit 2006 ein SMA.

2.3. Solarenergie

Stromproduktion mittels Photovoltaik ist ein Beispiel für eine dezentrale Stromerzeugung. Sie kann mit Einschränkungen praktisch überall eingesetzt werden. Die aktive Nutzung von Sonnenenergie zur Stromproduktion ist ebenso möglich, wie die passive Nutzung zur Beheizung und Warmwasseraufbereitung. Ungeachtet dieser positiven Eigenschaften ist auch bei der Photovoltaik nicht alles eitel Sonnenschein. Trotz Fortschritten bei der Solarzellentechnik und damit verbessertem Wirkungsgrad wie auch bei der Senkung der Produktionskosten sind die Gestehungskosten mit Preisen von 50 bis 90 Rappen pro kWh immer noch enorm hoch. Ebenso ist die produzierte Strommenge viel zu gering, als dass sie die Kernkraft oder Wasserkraft auch nur annähernd ersetzen könnte. So wären beispielsweise für den Ersatz des Kernkraftwerkes Mühleberg eine Fläche von 20 Millionen Quadratmeter Solarzellen bei Kosten von 25 Milliarden Franken notwendig, um den dortigen Produktionsausfall zu kompensieren. In der kleinen, dicht besiedelten Schweiz ein Ding der Unmöglichkeit.

Ein weiteres Problem stellt sich bei der Energiegewinnung an sich ein. Strom wird nur erzeugt, wenn die Sonne einstrahlt. Verbunden mit der fehlenden Speichermöglichkeit, ist die Photovoltaik damit ein sehr unsicherer Stromlieferant und sollte deshalb bei der Stromproduktion, wenn überhaupt, äusserst sparsam eingesetzt werden. Bei der passiven Nutzung (Solarwärme) hingegen kann die Sonnenenergie ihren Beitrag leisten und helfen den Anteil an fossilen Brennstoffen im Wärmebereich zu vermindern.

Mittels Solarwärme kann der Anteil an fossilen Brennstoffen und elektrischer Energie im Bereich Heizung und Warmwasser gesenkt werden. Dies leistet einen Beitrag an die Unabhängigkeit im Energiebereich.

Für die Stromproduktion ist ihre Anwendung aus praktischen Gründen wenig sinnvoll.

2.4. Windenergie

Die heutigen Windenergie-Anlagen besitzen bereits einen hohen Wirkungsgrad. Allerdings gibt es gewichtige Nachteile: Anlagen brauchen im Verhältnis zu ihrer Kapazität viel Platz und müssen an geeigneten Stellen aufgestellt werden, zudem verändern sie die Landschaft erheblich, was in der kleinräumigen und dicht besiedelten Schweiz zu Widerstand führt. Die starke Lärmentwicklung führt überdies zum Konflikt mit wichtigen Wirtschaftszweigen wie dem Tourismus. Die Windenergie wird deshalb in der Schweiz nur in einem sehr begrenzten Mass ausgebaut werden können.

Der Import grosser Mengen an Windstrom aus dem Ausland (z.B. Norddeutschland) ist, aufgrund der beschränkten Netzkapazität ebenfalls nicht realistisch. Die Windstromproduzierenden Länder werden diesen, unter anderem wegen der EU-Ziele für erneuerbare Energien, grösstenteils sowieso selber benötigen. Insbesondere Deutschland, welches wegen des beschlossenen Ausstieges aus der Kernenergie eine massive Unterdeckung der Stromproduktion haben wird. Im Übrigen entspricht ein Import von Windenergie nicht der Anforderung an eine unabhängige Energieproduktion.

Auch bei der Windenergie stellt sich im Zusammenhang mit der Erzeugung ein ähnliches Problem wie bei der Photovoltaik. Da Wind nicht durchgehend bläst und auch die langfristige Speicherung von Energie nicht möglich ist, bleibt auch der Windstrom ein eher unsicherer Stromlieferant insbesondere auch, weil für die Spannungsspitzen der Windenergieproduktion genügend Reserveenergie bereitgestellt werden muss.

Im Sinne einer Diversifizierung der Stromversorgung ist die Nutzung der Windenergie im heutigen Rahmen und aus Schweizer Kraftwerken zu begrüssen.

Das Importieren von Windenergie ist aufgrund der beschränkten Netzkapazität nur bedingt möglich und aus Gründen der starken Abhängigkeit nicht sinnvoll.

2.5. Biomasse

Energie aus Biomasse hat das Potenzial, in Zukunft neben der Wasserkraft eine der wichtigeren alternativen Energieformen zu werden. Ihre CO₂-Neutralität ist insbesondere hinsichtlich der laufenden Verpflichtungen der Schweiz in Bezug auf das Kyoto-Protokoll von entscheidender Bedeutung. Gleichzeitig ist sie eine der wenigen nachwachsenden einheimischen Ressourcen für die Energie- und damit auch Stromproduktion. Die Biomasse hat das Potential, einen Beitrag zur einheimischen Stromerzeugung zu leisten. Holz ist dabei die mit Abstand wichtigste Biomasse-Ressource der Schweiz. Der grosse Vorteil der Biomasse ist ihre Vielseitigkeit. So kann sie neben der Strom- oder Wärmeerzeugung zur Produktion von Treib- und Brennstoff verwendet werden. Sie leistet damit einen wirksamen Beitrag zur Verminderung der Abhängigkeit fossiler Energieträger und stärkt damit die Unabhängigkeit im Energiebereich.

Die Erzeugung von Biomasse ermöglicht ausserdem die Erschliessung neuer Betätigungsfelder für die einheimische Land- und Forstwirtschaft. Dies ist im Sinne einer multifunktionalen Landwirtschaft zu begrüssen. In der Zukunft können neuartige Verfahren und Anwendungsbereiche diese alternative Form der Energieproduktion zu einem wichtigen Standbein der Energieerzeugung machen. Die Rahmenbedingungen für deren Entwicklung sind so günstig wie möglich zu gestalten.

Biomasse kann in der Zukunft einen Beitrag zu einem umfassenden Strom- bzw. Energiemix leisten.

Die Bewilligungsverfahren für Biomasse-Anlagen sind so einfach wie möglich zu gestalten.

Die Bedeutung der Biomasse ist bei der Gestaltung der Gesetze im Bereich der Wald- und Forstpolitik angemessen zu berücksichtigen.

2.6. Geothermie⁷

Unter Geothermie wird die Nutzung der natürlichen Erdwärme verstanden. Die Nutzung dieser Energiequelle hat verschiedene Vorteile: Sie ist unabhängig von äusseren Einflüssen über das ganze Jahr hindurch verfügbar, braucht wenig Platz und Konzepte zur Heizung und Stromproduktion von Einfamilienhäusern bis hin zu Quartiergrössen sind bereits in der Praxis erprobt worden.

Besonders die Unabhängigkeit von äusseren Einflüssen und die damit verbundene ständige Verfügbarkeit ist denn auch einer der unbestreitbarsten Vorteile dieses alternativen Energieträgers. Das Problem bei gewissen alternativen Energiequellen ist die Beschränkung auf einen bestimmten Zeitpunkt. So können, wie bereits erwähnt, Solaranlagen nur Strom erzeugen, wenn die Sonne scheint, Windanlagen nur, wenn Wind bläst. Unter diesen Umständen ist es auch kein Wunder, dass Solar- und Windstromanlagen bei der Anzahl der Volllaststunden gegenüber der Geothermie stark abfallen.⁸

⁷ Dieser Abschnitt befasst sich mit der tiefen Geothermie, welche zur Stromerzeugung genutzt werden kann. Ein weiteres Beispiel für eine geothermische Produktion sind Wärmepumpen, welche aber nicht im Strom- sondern im Heiz- und Warmwasserbereich verwendet werden.

⁸ Die Volllaststunden geben die Ausnutzung der Anlage an. Photovoltaik erreicht bis zu 1300 Volllaststunden/Jahr, was knapp 15% Ausnutzung entspricht. Windenergieanlagen erreichen bis 2000 Volllaststunden, was knapp 23% Ausnutzung entspricht. Tiefe Geothermische Anlagen zur Stromerzeugung (Deep Heat Mining) erreichen eine Volllaststundenanzahl von 7500 und mehr, was einer Ausnutzung von über 85% entspricht.

Damit die Geothermie ihr Potential im Schweizer Strommix wahrnehmen kann, sind jedoch noch viel Forschungsarbeit und Abklärungen notwendig. Wie sich bei den Bohrungen in Basel gezeigt hat, ist aber auch die Information der Bevölkerung elementar für das Gelingen

Die Nutzung der Geothermie ist als ergänzender Beitrag zu einer unabhängigen Versorgung zu begrüßen.

Die SVP fordert bei zukünftigen Bohrungen und Projekten eine lückenlose Information der Bevölkerung seitens der Betreiber.

Die nötige Forschung und Abklärung ist primär mit privaten Mitteln sicherzustellen.

2.7. Weitere Energieformen

Erdgas

Der Bau von Gaskombikraftwerken ist eine Variante, welche hilft, die Stromversorgungslücke bis zur Inbetriebnahme von Ersatz-KKW zu überbrücken. Stromerzeugung mit Erdgas hat jedoch auch Nachteile. Zum einen fallen bei der Stromproduktion durch Gaskraftwerke sehr hohe CO₂-Emissionen an. Zum anderen gibt es auch in versorgungspolitischer Hinsicht wie auch bei den Kosten offene Fragen. Die SVP setzt sich deshalb für eine 100% Kompensation der CO₂-Emissionen aus Gaskraftwerken ein. Bei der Kompensation ist das Kriterium der Wirtschaftlichkeit und der Effizienz massgebend.⁹

Kohle

Strom aus Kohle erfüllt aufgrund der grossen Reserven, seiner versorgungspolitischer Sicherheit wie auch durch die Art der Energieerzeugung (Banden- oder Spitzenenergie) einige Faktoren an eine zukünftige Stromversorgung. Strom aus Kohle besitzt zudem, wenn Emissionen nicht kompensiert werden müssen, relativ günstige Gestehungskosten. Der grosse Nachteil sind jedoch seine enorm hohen Emissionen. Aufgrund des praktisch CO₂-freien Strommixes ist diese Art der Produktion in der Schweiz klar nicht anzustreben, kann aber mittels Auslandsbeteiligungen der Stromunternehmen zur Diversifikation beitragen.

Erdöl

Stromerzeugung aus Erdöl ist ebenfalls eine Möglichkeit zur breiteren Diversifikation des Strommixes. Aufgrund des viel besseren Verwendungszwecks des Rohstoffs im Bereich von Treib-, Brennstoffen oder industrieller Produktion ist die Stromproduktion jedoch nicht sinnvoll. Allfällige Auslandsbeteiligungen an solchen Kraftwerken sollten auch hier nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

Die SVP fordert, dass bei einem allfälligen Bau von Gaskraftwerken in der Schweiz, die CO₂-Emissionen 100% kompensiert werden. Die Kompensation hat unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit zu geschehen.

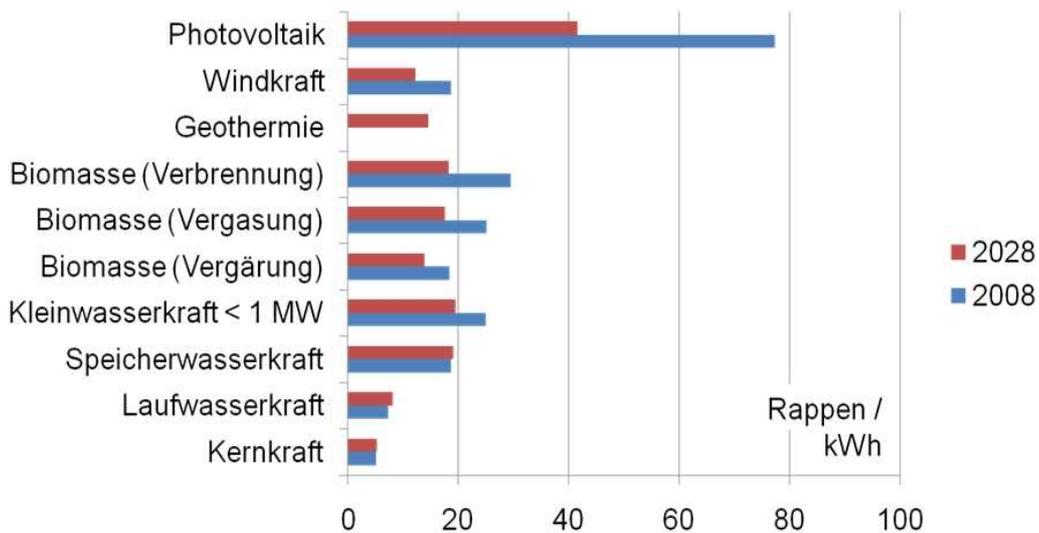
Die Verwendung von Kohle und Erdöl für die inländische Stromerzeugung ist aufgrund der hohen Emissionen bzw. des besseren Verwendungszwecks der Rohstoffe ungeeignet.

2.8. Kosten und Emissionen der Energieträger

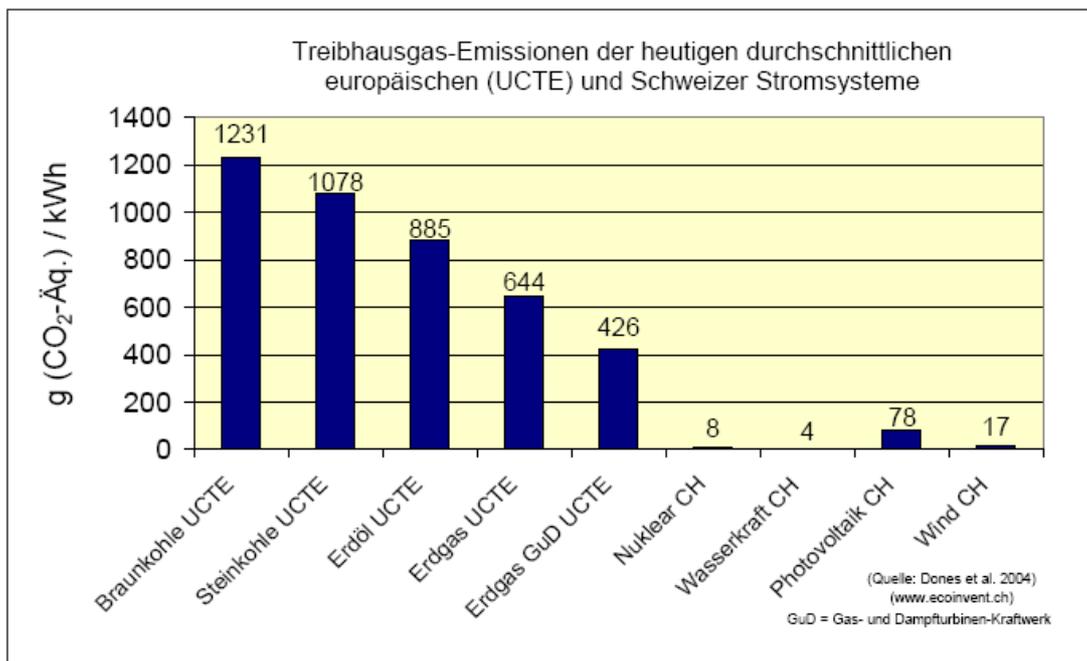
Die zukünftige Elektrizitätsversorgung hat viele Faktoren zu erfüllen: Strom soll einerseits möglichst günstig, weitgehend vom Ausland unabhängig, umweltfreundlich und in genügend Mengen verfügbar sein. Insbesondere die Kostenfrage ist seit Herbst 2008 in aller Munde. Mit einer Vielzahl an Vorstössen haben sich alle Parteien klar gegen höhere Strompreise und für entsprechende Massnahmen zur Kostensenkung ausgesprochen. Auch die Emissionsfrage rückt mehr und mehr ins Zentrum. Durch das Kyoto-Protokoll hat sich die Schweiz für eine Senkung ihrer Emissionen ausgesprochen. In der Frage der künftigen Versorgung ist

⁹ Emissionen sollen mit den günstigsten zur Verfügung stehenden Massnahmen kompensiert werden.

dies ebenfalls verstärkt zu berücksichtigen. Bei der Frage der Kosten wie auch der Emissionen zeigt sich ein klares Bild:



Quelle: Elektrizitätsstatistiken



Die mit Abstand günstigsten Energieträger Wasser- und Kernkraft sind gleichzeitig auch die emissionsärmsten. Sie bilden seit Jahrzehnten das Rückgrat der schweizerischen Stromversorgung und haben uns zu einem der Industrieländer mit den niedrigsten CO₂-Emissionen pro Kopf gemacht. Das die beiden Energieformen ebenfalls im Bereich Unabhängigkeit und Kapazität die Hauptrolle einnehmen und die anderen Energieträger weit hinter sich lassen, zeigt wie hervorragend der aktuelle Strommix ist. Dieser Vorteil soll auch in Zukunft erhalten bleiben.

Die SVP fordert, dass der Ausbau der Stromversorgung sich an den Prinzipien Wirtschaftlichkeit, Unabhängigkeit und Umweltfreundlichkeit orientiert.

Die SVP setzt sich für den Erhalt bzw. den Ausbau des bisherigen Strommixes, welcher diese Kriterien am besten erfüllt, ein.

Die Rahmenbedingungen für die Wasser- und Kernkraft sind klar zu verbessern.

2.9. Keine marktverzerrenden Eingriffe

Bei der Frage der zukünftigen Stromversorgung und der Energieträger ist – neben den bereits erwähnten Faktoren Unabhängigkeit und Umweltfreundlichkeit – auch die Frage der Wirtschaftlichkeit von grosser Bedeutung. Marktverzerrende Eingriffe wie Subventionen oder staatlicher Dirigismus sind ebenso wenig taugliche Instrumente, wie die stetige Verschlechterung der Rahmenbedingungen einzelner Produktionsformen durch Regulierungen oder Vorschriften. Sie verteuern die Energieversorgung ebenso wie Abgaben und Gebühren. Ausufernde Regulierung sowie immer neue Abgaben schaden deshalb der Wirtschaft und gefährden Arbeitsplätze und Wohlstand.

Im Sinne einer umfassenden Energieversorgung sind weitere alternative Energiekonzepte zwar zu begrüssen, eine Förderung und damit Bevorzugung irgendeiner Energieform ist aber entschieden abzulehnen. Jeder Energieträger hat sich am Markt durchzusetzen.

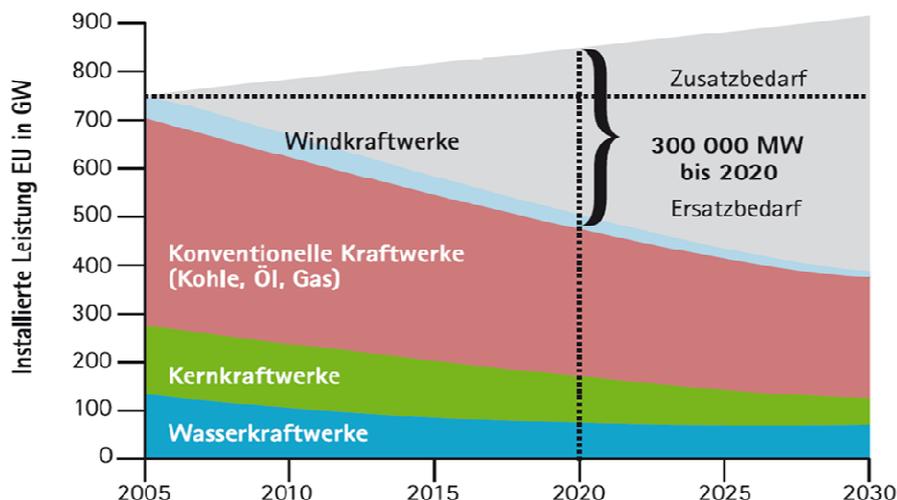
Die SVP wehrt sich gegen jegliche staatliche Lenkungs- und Förderabgaben im Energiebereich.

Subventionen von Energieträgern sind entschieden abzulehnen. Sie schaffen keinen nachhaltigen Markt, gefährden Arbeitsplätze sowie den wirtschaftlichen Aufschwung und führen zu einer Verteuerung des Stroms.

3. Situation in Europa

3.1. Kraftwerke in Europa

Europa steht vor denselben Herausforderungen wie die Schweiz. Auch in den Mitgliedstaaten der EU öffnet sich die Schere zwischen Angebot und Nachfrage immer stärker, wegen der Ausserbetriebnahme älterer Kraftwerke und dem Verbrauchswachstum. Experten gehen davon aus, dass bis 2020 ein Drittel der heutigen Kraftwerkskapazitäten ersetzt werden müssen. Berücksichtigt man den zusätzlichen Bedarf, den es 2020 zu decken gilt, fehlen dannzumal Kraftwerksleistungen in der Höhe von 300 GW. Das entspricht etwa 300 KKW Leibstadt. Bis 2030 werden es sogar über 400 GWh sein.



Quelle: VGB, VGB 2007 / EU-Energy and Transport Outlook

Zudem sind auch in Europa zahlreiche Investitionen in neue Kraftwerke aus politischen Gründen blockiert. Kohlenkraftwerke werden wegen ihres CO₂-Ausstosses bekämpft, einige Länder wollen in Zukunft auf die Nutzung der Kernkraft verzichten und selbst neue Windkraftanlagen werden aus landschaftsschützerischen und gesundheitlichen Gründen (Lärm) bekämpft. Dadurch werden Investitionen in neue Kraftwerke verzögert oder gar verhindert,

während der Strombedarf weiter ansteigt. Die europäischen Übertragungsnetzbetreiber¹⁰ fürchten deshalb, dass die leistungsbezogene Referenzgrösse¹¹ spätestens ab 2017 unterschritten wird. Diese Referenzgrösse bezeichnet die Menge an Kraftwerksleistung, die zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in Extremsituationen notwendig ist. Stehen nicht mehr genügend Kraftwerke zur Verfügung wird die Referenzgrösse unterschritten und es kommt zu Versorgungsengpässen. Diese können dann auch durch Importe nicht mehr ausgeglichen werden.

Stromimporte aus Europa in die Schweiz sind in Zukunft also höchst unsicher, weil Europa selber zu wenig Strom produziert.

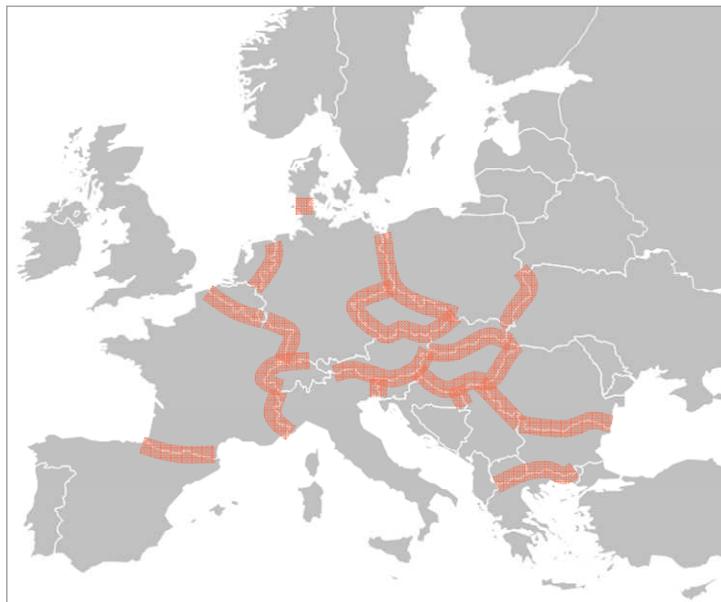
Die SVP fordert, dass die Versorgungssicherheit der Schweiz mit ausreichenden Kraftwerkskapazitäten vollständig im Inland sichergestellt wird.

Administrative Hürden beim Kraftwerksbau sind abzubauen und die Verfahren zu beschleunigen.

3.2. Vernetzung der Schweiz mit Europa

Seit langem nimmt die Schweiz im internationalen Stromhandel eine führende Stellung ein. Dank ihren Speicherkraftwerken kann sie dem Ausland wertvolle Spitzenenergie verkaufen. Zudem verfügt das Schweizer Hochspannungsnetz über eine grosse Kapazität und dient traditionell als wichtige Drehscheibe für den Ausgleich von Spitzenbedarf und –produktion in Westeuropa. Der Gewinn der Schweizer Stromunternehmen aus dem grenzüberschreitenden Stromhandel beträgt über 1 Mrd. Franken jährlich. Davon profitiert auch die öffentliche Hand mit mehreren hundert Millionen Franken.

Während der Stromhandel in der Vergangenheit vor allem ein Geschäft war, ist er heute auch äusserst wichtig für die Versorgungssicherheit geworden. Im Sommer weist die Schweiz zwar immer noch einen Stromexportüberschuss auf, in 5 der vergangenen 6 Winter musste sie aber viel Strom importieren. Eine starke Verknüpfung des schweizerischen Netzes mit Europa ist deshalb auch im Interesse der Versorgungssicherheit. Allerdings bestehen aus historischen Gründen heute noch Engpässe bei den grenzüberschreitenden Übertragungsleitungen. Dies zeigt auch die folgende Grafik:



Quelle: UCTE 2008

¹⁰ European Network of Transmission System Operators for Electricity (ENTSO-E), bis Mitte 09 unter dem Namen Union for the Coordination of Transmission of Electricity (UCTE)

¹¹ Adequacy Reference Margin (ARM)

Die Kapazitäten für den grenzüberschreitenden Austausch von Strom müssen in Auktionen ersteigert werden, was den Handel mit Strom verteuert. Die Schweiz befindet sich wegen ihrer Langfristverträge mit Frankreich bisher noch in einer komfortablen Lage. Neben bestimmten Strommengen garantieren diese Verträge auch, dass die Schweiz Strom bevorzugt und ohne teure Auktionen importieren kann. Diese günstigen Importe haben eine grosse Bedeutung für die Versorgungssicherheit der Schweiz. 2008 beliefen sie sich auf beinahe 26'000 GWh, oder über einen Drittel der gesamten Landeserzeugung.¹²

Seit dem November 2007 verhandeln die Schweiz und die EU deshalb über ein bilaterales Stromabkommen. Darin sollen die gegenseitigen Beziehungen und Interessen geregelt werden. Insbesondere sollen mit der Regelung des grenzüberschreitenden Stromhandels die gegenseitige Versorgungssicherheit gewährleistet werden. Die EU stellt allerdings weitergehende Forderungen. Die Schweiz soll die europäische Strommarktgesetzgebung vollständig übernehmen und sich auch zum künftigen, automatischen Nachvollzug verpflichten. Zudem ist die EU auch nicht länger bereit, die Langfristverträge der Schweiz mit Frankreich zu anerkennen. Dadurch werden schweizerische Investitionen entwertet und die Versorgungssicherheit gefährdet.

Die SVP fordert, dass am bisherigen Grundsatz des bilateralen Wegs, dem autonomen Nachvollzug, festgehalten wird.

Die SVP fordert, dass ein allfälliges bilaterales Stromabkommen mit der EU die bestehenden Langfristverträge vollständig anerkennt und die damit verbundenen Investitionen respektiert.

In der Frage nach einem bilateralen Stromabkommen zwischen der Schweiz und der EU muss das Schweizer Volk das letzte Wort haben.

3.3. Einspeisung der erneuerbaren Energien

Die Versorgungssicherheit wird in Europa auch durch die erneuerbaren Energien vor grosse Herausforderungen gestellt. Aufgrund der Politik der EU13 sind alle Mitgliedstaaten verpflichtet, die erneuerbaren Energien massiv auszubauen. Einen wesentlichen Beitrag dazu soll die Windkraft leisten.

Weil Windkraftanlagen aber nur unregelmässig Strom produzieren, belasten sie auch die Netze unregelmässig: Bei hohem Windaufkommen können grosse Mengen Strom ins Netz fliessen. Der Ausbau der Windkraft erfordert deshalb zusätzliche Investitionen in den Ausbau des europäischen Netzes. Diese Investitionen weisen zudem ein schlechtes Kosten-Nutzenverhältnis auf. Denn die Netze müssen so ausgebaut werden, dass sie die maximale Strommenge aufnehmen können, die produziert werden kann. Diese Menge wird jedoch nur in seltenen Fällen erreicht.

Die unregelmässige Stromproduktion von Windkraftanlagen hat noch eine andere Kehrseite: Bei Windstille oder bei schwachen Wind, muss der Strom von anderen Kraftwerken bereitgestellt werden. Dieser Strom wird Regelenergie genannt und wird in der Regel in Gaskraftwerken produziert, die rasch in Betrieb genommen werden können. Gaskraftwerke stossen aber auch CO₂ aus, was den von ihnen produzierten Strom zusammen mit hohen Gaspreisen zusätzlich verteuert.

Das zeigt, dass die rot-grüne Forderung, die Kernkraftwerke in der Schweiz durch Importe von Windstrom aus Europa ersetzen zu wollen, reine Illusion ist. Die Mitgliedstaaten der EU stehen schon heute vor grossen Herausforderungen beim Netzausbau und der Bereitstellung von Regelenergie wegen des starken Ausbaus der Windkraft. Sie werden diese Probleme nicht dadurch vergrössern wollen, dass sie auch noch Windenergie für die Schweiz produzieren.

¹² Elektrizitätsstatistik 2008, S. 32.

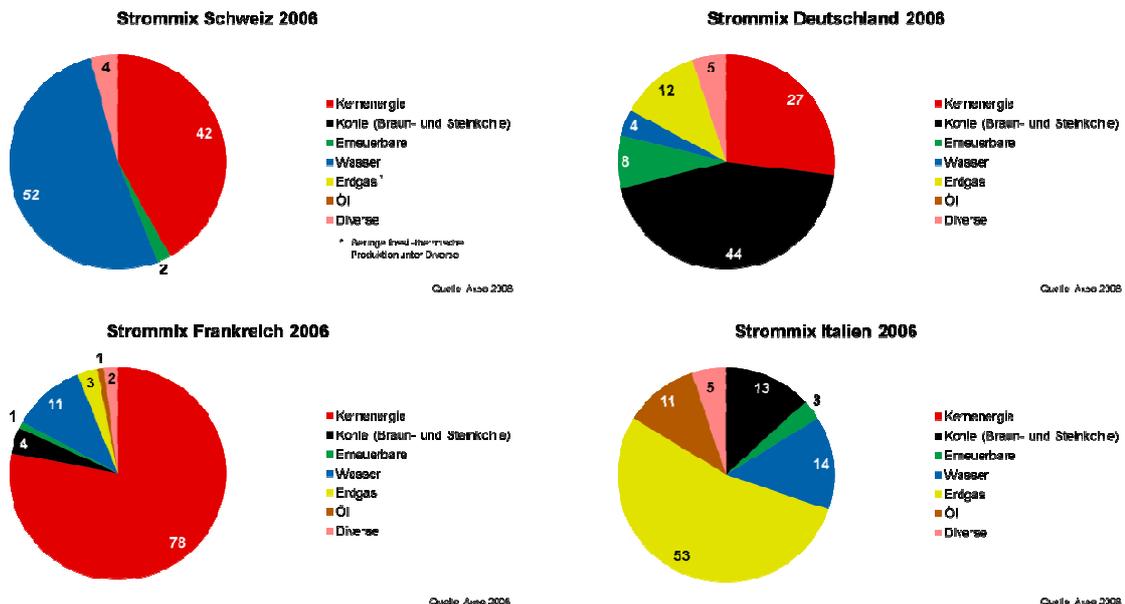
¹³ die sogenannte 20-20-20-Strategie: 20%ige CO₂-Reduktion und Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 20% bis ins Jahr 2020

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob sie Windstrom überhaupt exportieren könnten. Die Ziele, welche die EU für die erneuerbaren Energien in den einzelnen Ländern formuliert hat, sind äusserst ehrgeizig. Der Export ist nur dann erlaubt, wenn Überschüsse bei den erneuerbaren Energien erzeugt werden. Dies dürfte allerdings wegen der ambitionösen Politik der EU noch lange nicht der Fall sein.

3.4. CO₂-Kompensation

Die Schweiz hat sich im Rahmen des Kyoto-Protokolls zu einer Reduktion ihres CO₂-Ausstosses verpflichtet. Das CO₂-Gesetz konkretisiert diese Ziele und legt fest, dass die Emissionen bis zum Jahr 2010 um 10% gegenüber dem Stand von 1990 verringert werden.¹⁴ Im Gegensatz zu Europa ist die Schweiz dabei in einer vorteilhaften Situation, weil die Stromproduktion hierzulande fast CO₂-frei ist. Damit das auch künftig so bleibt, hat das Parlament beschlossen, dass beispielsweise Gaskombikraftwerke nur dann bewilligt werden dürfen, wenn sie ihre CO₂-Emissionen vollständig kompensieren.¹⁵

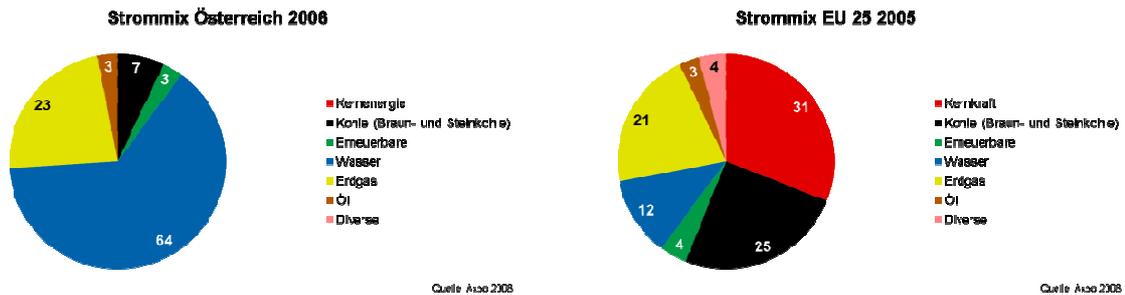
Bisher haben verschiedene europäische Länder in dieser Frage weniger strenge Regeln als die Schweiz gekannt. Ab 2013 müssen aber auch europäische Kraftwerke ihre Emissionen vollständig kompensieren. Dies geschieht mit Zertifikaten, die im Rahmen des Europäischen Emissionshandelssystems (EU ETS) ersteigert werden müssen. So werden sich künftig die CO₂-Emissionen bei der Stromproduktion direkt auf den Preis auswirken. Allein in Deutschland rechnen Experten dadurch mit Mehrkosten für die Verbraucher von 12 Mrd. €. ¹⁶ Betroffen sind aber die Strompreise in vielen EU-Mitgliedstaaten, da die meisten europäischen Länder einen weit grösseren Anteil an fossilen Energien bei der Stromproduktion verwenden.



¹⁴ Bundesgesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen Art. 2 Abs. 1

¹⁵ Bundesbeschluss über die Kompensation der CO₂-Emissionen von Gaskombikraftwerken vom 23. März 2007

¹⁶ Düsseldorf Handeltblatt, 21.9.2008, <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/co2-auktion-treibt-den-strompreis%3B2045018>



Die Schweiz ist bisher nicht ins EU ETS eingebunden. Der Bundesrat hat eine Anbindung der Schweiz an das europäische Emissionshandelssystem aber als Ziel seiner Energiestrategie formuliert.¹⁷ Das ist wichtig, weil die Schweiz bei der Kompensation von CO₂-Emissionen nicht von den Vorteilen eines grossen und etablierten Marktes profitieren kann. Die Strompreise würden dadurch, falls Gaskombikraftwerke die Versorgung bis zur Inbetriebnahme von Ersatz-Kernkraftwerken sicherstellen müssen, zusätzlich verteuert. Am günstigsten und umweltfreundlichsten bleibt aber eine CO₂-arme Stromproduktion.

Die SVP verlangt die Gewährleistung einer auch künftig weitgehend CO₂-freien Stromproduktion.

Die SVP begrüsst die Anbindung der Schweiz ans europäische Emissionshandelssystem EU ETS, um damit die gleichen Rahmenbedingungen wie das Ausland zu haben.

3.5. Strommarktliberalisierung

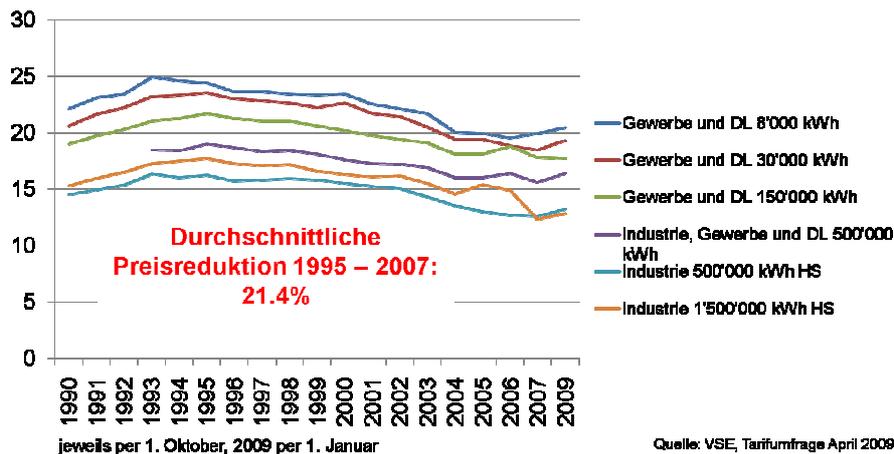
Mit der vollständigen Liberalisierung des europäischen Strommarktes¹⁸ sind vollkommen neue Regeln für den Marktzugang und damit auch für den grenzüberschreitenden Stromhandel in Kraft getreten. Mit dem Stromversorgungsgesetz (StromVG) wurden deshalb mehrere Ziele verfolgt. Einerseits sollte die Versorgungssicherheit in einem liberalisierten Umfeld erhalten bleiben. Andererseits sollte sichergestellt werden, dass die schweizerische Elektrizitätswirtschaft weiterhin am geöffneten Strommarkt in Europa teilnehmen kann und die hohe Wertschöpfung aus dem grenzüberschreitenden Stromhandel erhalten wird.

Trotz dieser offensichtlichen Vorteile hat sich eine andere Erwartung nicht erfüllt: Mit der Marktöffnung sind die Preise nicht gesunken, sondern im Gegenteil gestiegen. Hauptgrund dafür ist, dass das Parlament mit dem StromVG eine schlechte Liberalisierungsvorlage ausgearbeitet hat. So schafft das StromVG auf der höchsten Netzebene ein neues Monopol (swissgrid), begründet zusätzliche Belastungen der Strompreise (KEV, SDL) und setzt falsche Anreize (Kostenregulierung bei der Berechnung der Netztarife).

Zudem kommt das StromVG zu spät: In Europa ist der Markt seit 2007 vollständig geöffnet. In der Schweiz erfolgt die Marktöffnung, wenn überhaupt, erst 2014. Sie fällt zusammen mit einem immer knapperen Stromangebot in Europa und der Schweiz. Gleichzeitig steigt der Bedarf. Selbst die Schweiz exportiert heute nicht mehr während des ganzen Jahres, sondern muss seit 2001/2 im Winterhalbjahr Strom importieren.

¹⁷ Bundesrat, Energiestrategie Schweiz, Bericht zur Energieaussenpolitik der Schweiz – Umfeld, Herausforderungen und Strategie, Oktober 2008, Seite 46.

¹⁸ per 1.4.07



Dass das StromVG zu spät kommt zeigt auch die Preisentwicklung seit Mitte der 90er-Jahre. Die Elektrizitätsunternehmen haben die Preissenkungen bereits vorweggenommen, um sich für die kommende Marktöffnung gut zu positionieren. Dabei hat ihnen auch geholfen, dass mehr Strom produziert als verbraucht wurde. Das knappe Angebot verteuert heute dagegen die Preise und könnte nur mit der rechtzeitigen Bereitstellung der notwendigen Kraftwerkskapazitäten erhöht werden. Das wird jedoch durch die linke Blockadementalität verhindert.

Die SVP begrüsst die Strommarktöffnung als wesentlichen Beitrag zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit und zum Erhalt der Wertschöpfung aus dem internationalen Stromhandel. Der Markt darf indes nicht durch falsche Anreize ausser Kraft gesetzt werden.

4. Abgaben, Gebühren und Verbote

4.1. Belastung des Schweizer Strommixes

Bereits 1996 hat eine Untersuchung des VSE gezeigt, dass der Strompreis in der Schweiz durch zahlreiche Gebühren und Abgaben massiv verteuert wird. Der Anteil der Belastungen durch Steuern, Abgaben und weitere Leistungen machte knapp 25% an den gesamten Ausgaben der Endverbraucher für Strom vom 8.5 Milliarden Franken aus.¹⁹ Allerdings kamen nicht alle Belastungen, wie etwa Gewinn-, Kapitalsteuern und Rückstellungen, durch stromspezifische Regulierungen zustande. Die Untersuchung ist inzwischen auf Basis des Jahres 2007 aktualisiert worden.²⁰

Belastungsart	Gesamtsumme		
	kCHF/Jahr	Anteil	Rp./kWh
Gesetzliche Abgaben, ohne direkte Gegenleistung	729'810	34%	1.338
Vermögenssteuer, Kapitalsteuer	27'917	1%	0.050
Grundsteuer, Grundstückssteuer	30'877	1%	0.054
Ertragssteuer, Gewinnsteuer	223'642	10%	0.400
Bildung von Rückstellungen und Reserven mit Eigenkapitalcharakter	226'750	11%	0.423
Gewinnablieferung an öff. Eigentümer (über einer formellen Dividende)	158'865	8%	0.295
Energiesparfondsbeiträge	20'026	1%	0.038
Beiträge an andere Energieträger (z.B. Fernwärme)	355	<1%	0.001
Steuerausfallentschädigung SBB	0	0%	0.000
Andere inkl. Transport	9'763	<1%	0.017
Mehrkostenfinanzierung	31'614	2%	0.060
Gesetzliche Abgaben, vertraglich geregelt	828'459	38%	1.499
Wasserzins	366'180	16%	0.638
Konzessionsgebühren und ähnliche Abgaben	299'356	14%	0.564
Gratis-, Vorzugs-, Zusatz-, Gestehungskosten-, Beteiligungsenergie	22'753	1%	0.042

¹⁹ Antwort des Bundesrates auf die Motion "Elektrizität. Abgaben und Beiträge an öffentliche Gemeinwesen" (97.3172)

²⁰ VSE, BFE, Finanzielle Belastung 2007 der Schweizer Elektrizität durch öffentliche Gemeinwesen

Beiträge an Bau sowie Unterhalt von Verkehrs- und Infrastrukturanlagen	3'717	<1%	0.006
Kosten der gesetzlichen Verpflichtungen zum Hochwasserschutz	201	<1%	<0.001
Verpflichtung zum Bachbett- und Uferunterhalt	1'344	<1%	0.002
Heimfallpotenzial (Hei8mfallsubstrat), Heimfallverzichtsentschädigung	35'145	2%	0.061
Sanierungsverfügung, Gewässerschutzverordnung Art. 80	124	<1%	<0.001
Fischzuchtbeiträge	1'108	<1%	0.002
Öff. Beleuchtung unter den Selbstkosten	31'262	2%	0.059
Rückvergütungen, Provisionen	7'079	<1%	0.013
Finanzierung der Erschliessung: Anschlussbeiträge	29'073	1%	0.055
Gestionsgebühr für Verwaltungsaufsicht	24'942	1%	0.043
Umweltauflagen und Kompensationen	325	<1%	0.001
Sicherheitsauflagen	18	<1%	<0.001
Andere	5'834	<1%	0.011
Vertragliche Abgaben, mit und ohne Gegenleistung	4'991	<1%	0.009
Lawinendienst	464	<1%	0.001
Abgeltung für de facto Fremdkapitalbürgschaft	177	<1%	<0.001
Übernahme Kostenanteile der Werkleitungen Gas, Wasser	155	<1%	<0.001
Andere	4'195	<1%	0.008
Freiwillige Abgaben, ohne direkte Gegenleistung	25'442	1%	0.046
Freiwilliger Unterhalt zu Gunsten Landschaftspflege und Schifffahrt	0	0%	0.000
Freiwillige Aufforstungs- und Fischzuchtbeiträge	62	<1%	<0.001
Mitarbeit bei Regionalentwicklungen	1'145	<1%	0.002
Führung von defizitären Nebenbetrieben wie Hotels und Restaurants	3'809	<1%	0.007
Beiträge an Forschung Dritter	5'234	<1%	0.009
Freiwillige Beiträge an Energiesparfonds	2'730	<1%	0.005
Beiträge an ausserbetriebliche Anlässe des Eigners	528	<1%	0.001
Diverse freiwillige Spenden und Beiträge	7'926	<1%	0.015
Andere	4'008	<1%	0.007
Mehrwertsteuer	587'941	26%	1.024
Gesamttotal der Belastung des Endverbrauchs	2'176'643	100%	3.916

Wurde die Kilowattstunde 1996 noch mit durchschnittlich 4.46 Rappen belastet, betrug die Belastung 2007 noch 3.92 Rappen. Allerdings ist der durchschnittliche Strompreis im gleichen Zeitraum ebenfalls um 15% gesunken. Die Aktualisierung zeigt, dass auch im Jahre 2007 der Anteil der Belastungen durch die öffentliche Hand an den gesamten Ausgaben der Endverbraucher von 8.3 Milliarden Franken gut 25% ausmachten.

Da sich die Aktualisierung auf das Jahr 2007 bezieht, sind die Auswirkungen des StromVG noch nicht berücksichtigt.

4.2. Neue Belastungen

Eigentlich sollte das StromVG zu einer Marktöffnung führen. Tatsächlich führt das Gesetz zahlreiche neue Regulierungen ein, die den Strompreis verteuern:

- ▶ Mit der so genannten "Einheitsbriefmarke" ist ein schweizweit vereinheitlichter Tarif für den Stromtransport auf dem Übertragungsnetz, unabhängig von Distanz und Topografie, eingeführt worden. Davon profitieren nicht alle Kunden. Während die einen deutlich tiefere Übertragungskosten bezahlen, werden andere durch teilweise wesentlich höhere Kosten belastet.
- ▶ Die von Links-Grün erzwungene Förderung der erneuerbaren Energien durch die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) verteuert den Strompreis. Die erneuerbaren Energien werden über einen Zuschlag von maximal 0.6 Rp./kWh subventioniert. Die genaue Höhe des Zuschlags wird jährlich festgelegt und beträgt in den Jahren 2009 und 2010 0.45 Rp./kWh. Die KEV muss von allen Endverbrauchern bezahlt werden, unabhängig davon, ob sie erneuerbare Energien wollen oder nicht.
- ▶ Neue regulatorische Vorschriften in Europa, die in das Gesetz übernommen worden sind, haben ebenfalls zu einer Erhöhung der Strompreise beigetragen. Insbesondere die Kosten für die Systemdienstleistungen sind auf 0.9 Rp./kWh erhöht worden. Dazu gehören insbesondere die Energiereserven, die für den Ausgleich von Konsumschwankungen oder Kraftwerksausfällen bereitgehalten werden müssen.
- ▶ Auch die Abgaben und Leistungen an die Gemeinwesen wurden bei der Umsetzung des StromVG erhöht. So hat der Gemeinderat der Stadt Bern beispielsweise die Kon-

zessionsabgaben für die Benutzung von Grund und Boden von 0.7 auf 2.7 Mio. Franken erhöht.

In allen diesen Bereichen führt das StromVG nicht zu einer echten Liberalisierung, sondern primär zu neuen Vorschriften und damit höheren Kosten. Der Gegenwert ist in manchen Fällen wenigstens fraglich.

Obschon eine hitzige Debatte geführt und Massnahmen gegen die steigenden Strompreise gefordert wurden, hat das Parlament in der Wintersession 2009 bereits wieder neue Belastungen des Elektrizitätspreises beschlossen:

- ▶ Obschon der Zuschlag für die KEV noch nicht voll ausgeschöpft worden ist und 2009 nur gerade 80 Mio. Franken²¹ direkt für die Förderung der erneuerbaren Energien²² eingesetzt werden, hat der Nationalrat eine Erhöhung auf 0.9 Rp. per 2013 beschlossen. Diese Erhöhung wurde nicht allein von Linken und Grünen unterstützt.
- ▶ Mit der Erhöhung der derzeitigen Wasserzinsen von 80 auf 100 Franken per 2011 bzw. auf 110 Franken per 2015 erhöht sich der Preise für Strom aus Wasserkraft um 0.3 bzw. um 0.45 Rp./kWh. Wie sich diese Preissteigerung im Schweizer Strommix auswirken wird, bleibt vorerst abzuwarten.
- ▶ Der Gegenvorschlag zur Gewässerschutz-Initiative des Schweizerischen Fischereiverbands sieht vor, dass die Auswirkungen der Wasserkraftnutzung auf Gewässer saniert werden sollen. Dafür sollen weitere 0.1 Rp./kWh auf dem Übertragungsnetz erhoben werden.

Das Parlament plant darüber hinaus weitere Belastungen des Strompreises:

- ▶ Die Grünliberalen fordern dem gegenüber unter dem Deckmantel, die erneuerbaren Energien fördern zu wollen, eine Verteuerung der Kernenergie von 5 Rp./kWh.²³
- ▶ Auch die populäre Forderung nach einer Erdverlegung der Stromnetze würde die Elektrizität massiv verteuern. Ein Gutachten zu verschiedenen Varianten im Auftrag des BFE zeigt, dass einer Erdverlegung bis zu 11mal höhere Kosten verursacht, als der Bau von Freileitungen.²⁴

Elektrizität wird aber auch durch andere, vom StromVG unabhängige, Entwicklungen verteuert. Dazu gehören die Erhöhung Kernenergie-Haftpflichtdeckungssumme im Rahmen der Totalrevision des Kernenergiehaftpflichtgesetzes (KHG), die Aktualisierung von Dienstbarkeitsverträgen, die Gebühren des ENSI und die Gebühren im Zusammenhang mit dem Sachplanverfahren geologische Tiefenlager. Und schliesslich schlägt auch der Regierungsrat des Kantons Aargau vor, eine Standortabgabe für thermische Kraftwerke im Kanton Aargau einzuführen.

Die SVP setzt sich für eine vollständige Marktöffnung ohne zusätzliche Abgaben und Regulierungen ein. Zusätzliche Abgaben und neue Regulierungsvorschriften verteuern die Preise für Wirtschaft und Bürger und müssen unterbleiben.

Die SVP befürwortet eine Überprüfung und Anpassung der "Einheitsbriefmarke". Stromunternehmen, die ihre Netze bisher effizient betrieben haben, und ihre Kunden sollen dafür nicht bestraft werden.

Die SVP bekämpft eine weitere Erhöhung der KEV. Im Gegenteil ist die KEV grundsätzlich zu überdenken. Erneuerbare Energien müssen sich am Markt durchsetzen.

²¹ Antwort des Bundesrates auf die Interpellation "Zu hohe Vergütungssätze bei der KEV?" (09.3190)

²² Eine Übersicht der Förderung der Erneuerbaren und der Energieeffizienz findet sich im Anhang.

²³ Parlamentarische Initiative " Risikoprämie der Kernkraftwerke für erneuerbare Energien einsetzen" (09.420)

²⁴ consentec, Begutachtung eines Vergleichs von Leitungsbauvarianten des Energieversorgers EOS vom 3.2.09

4.3. Wirtschaftsfeindliche Finanzierung aller erdenklichen Anliegen

Derzeit macht es den Anschein, dass die Stromproduktion und die Elektrizitätsübertragung als Geldquelle zur Finanzierung aller möglichen Begehrlichkeiten unter den Titeln der Wirtschaftsförderung sowie des Landschafts- und Umweltschutzes entdeckt worden ist. So ist zwar unbestritten, dass ein einer vernünftigen und zukunftsgerichteten Energiepolitik der Strommix aus einer möglichst grossen Vielzahl von Energieträgern bestehen soll. Die Breite des Angebots muss aber im Sinne der Nachhaltigkeit und der Rechtssicherheit für die Strombezüger ohne uferlose Förderprogramme von zweifelhaftem Nutzen erreicht werden. Mit diesen Programmen werden Strukturen aufgebaut, die letztlich nicht marktfähig sind. Damit werden mehr Probleme geschaffen als gelöst werden und es besteht die Gefahr, dass die Förderung bestimmter Energieformen und die Subventionierung von Partikularinteressen verstetigt werden. Die einseitige Belastung einzelner Energieformen sowie endlose Verteuerung des Netzbetriebs - zu welchem Zweck auch immer - schaffen weder eine nachhaltige noch wirtschaftliche Grundlage für die künftige Energieversorgung.

Im Endeffekt muss der Kunde entscheiden, welcher Energieform er den Vorzug geben will. Künstliche Verzerrungen des Wettbewerbs und die Umerziehung des Bürgers sind nicht Aufgabe des Staates. Vielmehr liegt es in seiner Verantwortung günstige Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort zu schaffen. Mit jeder zusätzlichen Verteuerung der Elektrizität wird der bisher wichtige Standortvorteil, den die günstige Stromversorgung in der Schweiz bietet, verringert. Dies wiegt umso schwerer, als die Schweizer Wirtschaft im internationalen Vergleich in vielen anderen Bereichen mit Nachteilen zu kämpfen hat.

Die SVP wehrt sich gegen die Ausdehnung von Förderprogrammen, die einzelne Energieträger bevorzugen und den Wettbewerb ausschalten.

Zusätzliche Subventionen schaffen keinen nachhaltigen Markt für Energieträger und gefährden die wirtschaftliche Erholung und damit Arbeitsplätze im Inland. Sie sind deshalb abzulehnen.

Die SVP lehnt Forderungen, welche zu neuen Abgaben und Umverteilungsaktionen führen, entschieden ab.

4.4. Unsinnige Programme und Verbote

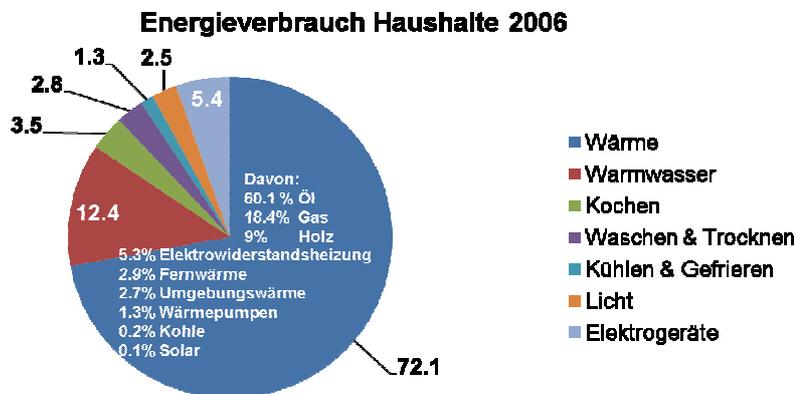
Mit dem Programm EnergieSchweiz und dem Aktionsplan Energieeffizienz²⁵ will der Bund den Energieverbrauch in der Schweiz reduzieren. Damit sollen der Verbrauch fossiler Energien um 20% reduziert sowie der Anstieg des Stromverbrauchs zwischen 2010 und 2020 auf 5% begrenzt und danach stabilisiert werden. Diese Ziele sollen auch einen Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen in der Schweiz leisten.

Allerdings sind diese Ziele widersprüchlich. Die grössten Potenziale zur Reduktion von Treibhausgasen und zur Einsparung von fossilen Energieträgern liegen im Bereich der Gebäude und im Verkehr. Eine Reduktion des Verbrauchs fossiler Energieträger kann durch den Einsatz von Wärmepumpen, intelligenten Steuerungen sowie zu einem späteren Zeitpunkt durch elektrisch betriebene Fahrzeuge erreicht werden. Das führt allerdings zu einem höheren Stromverbrauch. In seiner Antwort auf das Postulat "Mobilität mit erneuerbaren Energien" (08.3800) verweist der Bundesrat darauf, dass der Ersatz der Hälfte der schweizerischen Fahrzeugflotte durch heutige Elektrofahrzeugmodelle den Stromverbrauch um 13% ansteigen liesse. Das entspricht der Produktion des KKW Gösgen.

Ein geringerer Verbrauch fossiler Energieträger und eine Stabilisierung des Stromverbrauchs können also nicht gleichzeitig erreicht werden. Es ist unsinnig, Programme mit widersprüchlichen, ideologisch motivierten Zielen zu formulieren und dafür Steuergelder zu verwenden. Damit werden letztlich nur Bürger und Wirtschaft belastet und die Verwaltung aufgebläht.

²⁵ <http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/9416.pdf>

Zweifelhaft ist die Wirkung des Aktionsplans Energieeffizienz insbesondere auch, wenn man die einzelnen Ziele genauer anschaut. So will der Aktionsplan beispielsweise bei der Beleuchtung in den Haushalten 70% Energie einsparen. Beim Waschen und Abwaschen sollen 50% eingespart werden. Wenn man in Betracht zieht, dass diese beiden Bereiche nur gerade 2.5% bzw. 2.8% des gesamten Energieverbrauchs von Haushalten ausmachen, kann man die Wirkung getrost als Tropfen auf den heißen Stein bezeichnen.



Quelle: BFE 2008

Erreicht werden sollen die Effizienzziele mit Mindestanforderungen an elektronische Geräte, Haushaltsgeräte und Lampen sowie Energieetiketten und Zielvereinbarungen mit Herstellern und Lieferanten.

Selbstverständlich müssen zur Steigerung der Energieeffizienz alle, selbst kleinste, Potenziale einbezogen werden. Massnahmen müssen aber im Einklang mit der internationalen Entwicklung definiert werden. Ziele und Massnahmen, die für die Schweiz strengere Regelungen vorsehen, als die international geltenden oder als für das umliegende Ausland gelten, sind abzulehnen.

Die SVP wehrt sich dagegen, dass Bürger und Wirtschaft durch staatliche Programme und Aktionspläne von zweifelhaftem Nutzen belastet werden.

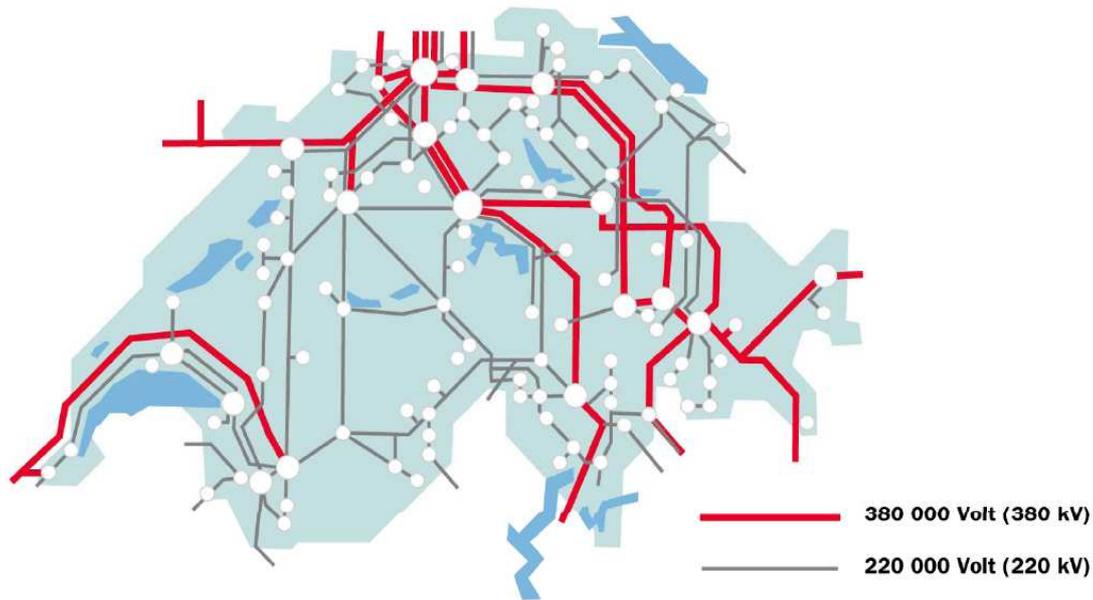
Massnahmenpläne, die offensichtlich widersprüchliche Ziele enthalten, sind aufzuheben.

Massnahmen, die für die Schweiz strengere Regeln als für das umliegende Ausland vorsehen, lehnt die SVP kategorisch ab.

5. Stromnetz

Für eine sichere Stromversorgung braucht es – neben genügend Stromerzeugungskapazitäten – ein funktionierendes Stromnetz.

Das Schweizer Höchstspannungsnetz ist rund 6700 Kilometer lang und eng mit dem europäischen Stromnetz verknüpft. Es ist vergleichbar mit einer Strom-Autobahn und wird betrieben, damit der Stromaustausch innerhalb der Schweiz und mit dem Ausland effizient und leistungsgerecht abgewickelt werden kann. Heute betreibt Swissgrid das Höchstspannungsnetz, das bis 2014 vollständig in ihren Besitz übergehen wird. Sie überwacht, führt und steuert das Höchstspannungsnetz und garantiert den Zugang zu diesem Netz nach objektiven, transparenten und diskriminierungsfreien Kriterien. Zur sicheren Versorgung gehören auch die 250'000 Kilometer Verteilnetze (davon 80% unterirdisch), die den Strom zu den Endverbrauchern führt.



Das Schweizer Höchstspannungsnetz (www.strom.ch)

Der Netzbereich ist im liberalisierten Strommarkt strikt reguliert. Die Netzbetreiber müssen ein sicheres, leistungsfähiges und effizientes Netz gewährleisten. Die staatliche Elektrizitätskommission (ElCom) überprüft die Netznutzungstarife und –entgelte sowie die Elektrizitätstarife von Amtes wegen. Damit ist gewährleistet, dass die Netzbetreiber nicht hohe Monopolgewinne zulasten der Bevölkerung und Wirtschaft einstreichen können.

Die Netznutzungstarife dürfen aber nur so weit gesenkt werden, dass sich der notwendige Unterhalt und Ausbau des Stromnetzes weiterhin lohnt. Die Netzbetreiber sind auf angemessene Erträge angewiesen, um die Versorgungssicherheit in städtischen und in ländlichen Regionen aufrechterhalten zu können. Das Augenmerk bei den Netznutzungstarifen darf sich nicht einseitig auf das Kriterium tiefer Strompreise fokussieren. Diesbezügliche Fehler, die im Ausland gemacht wurden (z.B. Kalifornien, Schweden), müssen in der Schweiz vermieden werden.

Neue Auflagen, welche die Netznutzungstarife verteuern, sind strikt abzulehnen. Die Verkabelung von Höchstspannungsnetzen ist beispielsweise ohne weiteres mehr als 10-mal teurer. Verkabelungslösungen dürfen daher nur als „ultimo ratio“ in Betracht gezogen werden, wobei die Mehrkosten verursachergerecht zu überwälzen sind. Zusätzlich sind die Bewilligungsverfahren für neue Leitungen vereinfacht und gestrafft zu werden.

In der Zukunft könnten intelligenter Netze (Smart Grid) unsere Versorgungslandschaft prägen. Ziel ist es, die Übertragungsverluste im Netz zu reduzieren und damit Strom zu sparen und die vorhandene Energie optimal zu nutzen. Ein Element davon ist das sogenannte Smart Metering. Mit Smart Meters können die Energieversorger den Stromverbrauch der Endkunden automatisch erfassen ohne traditionelle Stromzähler ablesen zu müssen und sie ermöglichen es, unterbrechbare Geräte während Versorgungsengpässen oder Hochtarifphasen abzuschalten.

Eine sichere Stromversorgung braucht ein funktionierendes Stromnetz. Der notwendige Unterhalt und Ausbau des Stromnetzes muss durch Erträge gesichert sein. Hohe Monopolgewinne zulasten der Bevölkerung und Wirtschaft sind zu verhindern.

Die SVP lehnt neue Auflagen, welche die Netznutzungstarife verteuern, strikt ab.

Die Bewilligungsverfahren für neue Leitungen sind zu vereinfachen und zu straffen.

6. Die Forderungen der SVP auf einen Blick

- **Stromversorgung sichern**

Der Sicherstellung der Stromversorgung kommt oberste Priorität zu. Genügend Elektrizität ist ein wichtiger Schlüssel für Wachstum und Wohlstand. Der Bundesrat ist gefordert, alle Optionen vorurteilslos und nach den Grundprinzipien der Wirtschaftlichkeit und Produktionskapazität zu beurteilen. Insbesondere die Option Grosskraftwerke erfordert eine klar definierte Strategie und ist endlich ernsthaft zu verfolgen. Die Planung und der Bau neuer Anlagen darf nicht durch juristische oder verwaltungstechnisch bedingte Verzögerungstaktiken verhindert werden.

- **Stärkung der Unabhängigkeit bei der Stromproduktion**

Der Bedarf an Strom ist durch den verstärkten Ausbau der inländischen Produktion sicherzustellen. Der Ausbau einzelner Produktionsformen darf sich nicht nach ideologischen Kriterien richten. Der Idee zusätzlicher Stromimporte anstelle eines Ausbaus im Inland ist entschieden entgegenzutreten. Aufgrund fehlender Netzkapazität und einer gefährlichen Abhängigkeit vom Ausland und den internationalen Marktpreisen ist dieser Schritt ohnehin unrealistisch. Er ist deshalb bei der zukünftigen Planung der Stromversorgung nicht weiterzuverfolgen.

- **Erhalt bzw. Ausbau des bisherigen Strommix**

Die SVP verlangt den Erhalt bzw. Ausbau des bisherigen Strommix. Dieser bleibt aufgrund seiner hervorragenden Eigenschaften bei den Faktoren Preis, Verfügbarkeit, Unabhängigkeit und Umweltfreundlichkeit auch in Zukunft erste Wahl und garantiert der Schweiz ihren Standortvorteil auf diesem Gebiet. Produktionsformen, welche den genannten Kriterien nicht oder nur bedingt genügen, sind nur marginal in den künftigen Strommix aufzunehmen. Die SVP fordert, dass das verantwortliche Departement und das zuständige Bundesamt hier endlich ihre Verantwortung wahrnehmen und ihre personellen Ressourcen dementsprechend einsetzen.

- **Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wasser- und Kernkraft**

Wasser- und Kernkraft als wichtigste Pfeiler des Schweizer Strommix sind zu stärken. Initiativen, Vorstösse sowie Abgaben und Gebühren die dazu dienen, die Rahmenbedingungen dieser Energieträger zu verschlechtern, werden von der SVP kategorisch abgelehnt und bekämpft.

Die heutigen Kernkraftwerke sind nach Ablauf ihrer Betriebsdauer an den bestehenden Standorten zu ersetzen. Bewilligungsverfahren sind nach den geltenden Gesetzen ohne Verzögerungen umzusetzen. Die Wasserkraftproduktion ist bis an die Grenze auszuschöpfen – dazu gehört auch das aktive Vorantreiben des Baus neuer Speicherseen und eine Flexibilisierung der Restwassermengen. Allfällige Einsprachen sind rasch und restriktiv zu behandeln, der Aspekt der Versorgungssicherheit ist dabei höher als andere Kriterien zu gewichten.

- **Stopp dem Gebühren-, Abgabe- und Subventionswahn**

Die SVP lehnt jegliche Erhöhungen sowie neuen Abgaben und Gebühren, welche die Stromproduktion verteuern, entschieden ab. Der Standortvorteil im Bereich der Elektrizität darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Im Weiteren fordern wir, dass sich jeder Energieträger dem Markt zu stellen hat. Subventionen oder andere staatlichen Eingriffe, welche dazu dienen, einzelne Produktionsarten zu bevorzugen, werden klar abgelehnt. Der Ausbau der zukünftigen Stromproduktion hat sich an den Prinzipien Wirtschaftlichkeit, Unabhängigkeit und Umweltfreundlichkeit zu orientieren.

- **Wider die linke Verhinderungspolitik**

Die SVP verlangt ein Ende der linken Blockadepolitik beim Ausbau der künftigen Stromversorgung. Einsprachen sowie Verzögerungs- und Verhinderungstaktiken mittels der missbräuchlichen Verwendung des Verbandsbeschwerderecht oder durch verwaltungsbedingten Schlendrian ist ein Riegel zu schieben. Das verantwortliche Departement hat seine Aufgaben zu lösen und nicht vor sich herzuschieben. Personelle Engpässe in gewissen Bereichen sind mit einer Neuverteilung der bestehenden finanziellen Ressourcen zu lösen. Die Ideologische Verbrämtheit hat einer realistischen Lageeinschätzung zu weichen. Diese ist aktiv zu kommunizieren.

7. Anhang

7.1. Übersicht Förderung der Erneuerbaren und Energieeffizienz

Förderung für erneuerbare Energien (eE) und Energieeffizienz

<ul style="list-style-type: none"> • Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) max. 0,5 Rp./kWh Erneuerbare Energie bis zu 10 MW [EnG Art. 7a und Art. 15b Abs. 4] • Ausschreibemodell für energieeffiziente Massnahmen Zuschläge für Ausschreibungen [EnG Art. 7a Abs. 3] • Bürgschaften für Geothermieranlagen Risikoabsicherung bis max. 50% der Investitionskosten [EnG Art. 15a] • Einspeisevergütung von 15 Rp./kWh ("15-Räppler") Fossile und erneuerbare Energie ausser Wasserkraft über 10MW [EnG Art. 7] 	}	max. 0,1 Rp./kWh	max. 350 Mio./Jahr [max. 0.6 Rp./kWh]
<ul style="list-style-type: none"> • Quotenmodell für EVUs [EnG Art. 7b Abs.4] 			noch nicht wirksam [ab 2016 Vorgaben möglich]
<ul style="list-style-type: none"> • Energieforschung der öffentlichen Hand für eE und E'effizienz [EnG Art. 12, Forschungsgesetz, CO₂-Gesetz, KEG Art. 86] 			rund 105 Mio./Jahr [Zahlen 2007]
<ul style="list-style-type: none"> • EnergieSchweiz (für eE und rationelle Energieverwendung) [EnG Art. 7] 			rund 26 Mio./Jahr [Budget 2009]
<ul style="list-style-type: none"> • Förderprogramme der Kantone (inkl. Globalbeiträge EnergieCH) [EnG Art. 13], gemäss Stand der Energiepolitik in den Kantonen 2009 			rund 195 Mio./Jahr [Budget 2009]
<ul style="list-style-type: none"> • Kommunale Förderprogramme 			Höhe unbekannt
<ul style="list-style-type: none"> • Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe [CO₂-Gesetz] 			200 Mio./Jahr
<ul style="list-style-type: none"> • Massnahmen der Strombranche: <ul style="list-style-type: none"> - Förderung der Forschung (swisselectric research): - Bau und Betrieb von Anlagen, Marketingmassnahmen, Ökostromprodukte - Energiesparfondsbeiträge (gesetzlich + freiwillig) 			10 Mio./Jahr rund 23 Mio./Jahr [Gemäss „Finanzielle Belastung 2007 der CH Elektrizität durch öffentliche Gemeinwesen]

Die Erneuerbaren und die Energieeffizienz dürften bereits heute mit öffentlichen Mitteln (inkl. kommunale Förderprogramme) von rund 1 Mrd. pro Jahr gefördert werden.

Spezialmassnahmen

<ul style="list-style-type: none"> • 2. Stabilisierungsprogramm 2009 	60 Mio. (einmalig)
<ul style="list-style-type: none"> • 3. Stabilisierungsprogramm 2009 [Zuschüsse für Ausbildungen im Umwelt- und Energiebereich] 	Höhe unbekannt

Zusätzliche Begehren

<ul style="list-style-type: none"> • Solarfonds (Mo. Ineichen + Sommaruga) 	+ 1'000 Mio. (einmalig)
<ul style="list-style-type: none"> • Anhebung der KEV von 0.6 auf 0.9 Rp./kWh 	+ 175 Mio./Jahr ²⁶
<ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Fernwärmeprojekten (für Budget 2010) 	+ 30 Mio./Jahr
<ul style="list-style-type: none"> • Atomrapen (Bund, kantonal) 	Höhe unbekannt

²⁶ Erst der NR hat das Geschäft behandelt. Sollte der SR im Frühjahr oder Sommer 2010 hier der unterlegenen Minderheit von 1,2 Rp./kWh folgen, würde sich die Summe auf 350 Mio. verdoppeln.

Rechtliche Grundlagen und Quellen

Energiegesetz

<http://www.admin.ch/ch/d/sr/7/730.0.de.pdf>

CO2-Gesetz (Teilzweckbindung)

<http://www.admin.ch/ch/d/ff/2009/4395.pdf>

CO2-Verordnung (Abgabesatz)

<http://www.admin.ch/ch/d/sr/6/641.712.de.pdf>

Stand der Energiepolitik in den Kantonen 2009 (Förderprogramme)

<http://www.bfe.admin.ch/dokumentation/publikationen/index.html?lang=de>

EnergieSchweiz Jahresbericht 2008/09

<http://www.bfe.admin.ch/energie/00556/index.html?lang=de>